



**Daniel Küblböcks Geschichte**  
Doku zeichnet sein kurzes und intensives Leben nach. **Feuilleton**



**Furioser Auftakt für FC Bayern**  
Neuzugang Diaz (l.) und Torgarant Kane jubeln über 6:0 gegen Leipzig. **Sport**

**Adelsexperte gestorben**  
Der legendäre Rolf Seelmann-Eggebert wurde 88 Jahre alt. **Seite 3**



## AUS DER REGION

### Wo überall gebaut wird

Die Felssicherungsarbeiten an der B388 und die Sperrung der Pionierstraße dauern an. Stadt und Staatliches Bauamt erklären, was sonst noch ansteht. **Seite 19**

### Der Kampf einer MS-Patientin

Ein Anzug für Elektrotherapie könnte einer an Multipler Sklerose leidenden Frau aus dem Kreis Passau helfen – doch ihre Krankenkasse zahlt nicht. **Seite 35**

### „Die Leute amüsieren sich“

Die Bilanz von Festwirt Rudi Hirz zur Hausenberger Dult fällt gut aus. Ein Grund dafür sind die Neuerungen im Programm, die es heuer gab. **Seite 46**

## IM BLICKPUNKT

### Sportvereine beliebt wie nie

Die bayerischen Sportvereine haben großen Zulauf. 4,9 Millionen Mitgliedschaften wurden jetzt gezählt – das ist neuer Rekord. Unangefochten steht dabei der Fußball auf Platz eins. **Bayern**

### Keine Frage des Kontostands

Ein armer Rentner spendet seit Jahren jeden Monat fünf Euro an die Stiftung der Passauer Neuen Presse für Menschen in Not. Solidarität ist eben keine Frage des Kontostandes. **Stiftungsseite 16**

## SERVICE

### Börse: Dax legt etwas zu

**Dax:** 24 363,09 Punkte (+ 0,29 %).  
**Top:** Daimler Truck 41,62 Euro (+ 3,10 %).  
**Flop:** Commerzbank 36,46 Euro (- 3,77 %).

### Eurojackpot: 3-14-16-22-34

Eurozahlen: 7-10  
(Ohne Gewähr)

### Das Wetter in der Region



Infos: [www.pnp.de/wetter](http://www.pnp.de/wetter) und auf **Seite 17**

**Heimatsport Familienanzeigen** **Seiten 31, 32**  
**TV-Programm** **Beilage „Schönes Wochenende“** **Seiten 48, 49**

**Internet** [www.pnp.de](http://www.pnp.de)



Palästinensische Kinder versammeln sich mit Schüsseln und Töpfen um eine Essens-Ausgabestelle.

– Foto: Imago

## Hungersnot für Gaza-Stadt offiziell erklärt

**Rom.** Nach wochenlangen Warnungen angesichts der großen Not der Bevölkerung im Gazastreifen ist nun offiziell eine Hungersnot für das Gebiet der Stadt Gaza erklärt worden. Es gebe „belastbare Beweise“ dafür, dass für die Region die schlimmste Stufe der IPC-Skala zum Hungermonitoring erreicht sei, erklärte die dafür zuständige und in Rom ansässige UN-Initiative IPC, die weltweit als Autorität für Ernährungssicherheit anerkannt ist, gestern. Es ist das erste Mal überhaupt, dass im Nahen Osten offiziell eine Hungersnot erklärt wurde.

Israel wies die Einstufung zurück. „Es gibt keine Hungersnot in Gaza“, schrieb das israelische Außenministerium auf der Plattform X. – **afp/dpa/S. 5**

# Wirtschaft schrumpft stärker

BIP-Rückgang im zweiten Quartal größer als erwartet – Ministerin Reiche fordert „mutige Strukturreformen“

**Wiesbaden/Berlin.** Die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump bremst die deutsche Wirtschaft stärker aus als erwartet: Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden korrigiert gestern die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nach unten – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte demnach um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, nicht

nur um 0,1 Prozent. Analysten erwarten aber Besserung im zweiten Halbjahr. Im ersten Quartal 2025 war das BIP noch um 0,3 Prozent gewachsen. Das Statistikamt nannte mehrere Gründe für den Rückgang. Insbesondere die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe entwickelten sich demnach im Juni schlechter als erwartet. Zusätz-

lich sei der private Konsum aufgrund neuer Informationen zu Dienstleistungsbereichen wie dem Gastgewerbe für Juni nach unten revidiert worden.

Auch der Außenhandel und die Anlageinvestitionen konnten keine positiven Impulse liefern. Viele Unternehmen hätten in Erwartung hoher US-Zölle Ausfuhren in die USA vorgezogen, erklärte der Chefvolkswirt

der staatlichen Förderbank KfW, Dirk Schumacher.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sieht in den schlechten Zahlen einen Weckruf, „mutige Strukturreformen“ anzugehen. Sie nannte eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Dämpfung der Lohnnebenkosten, den Abbau bürokratischer Hürden und eine Senkung der Energie-

preise als Baustellen. Gleichzeitig müssten zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Bürger vermieden werden. „Wir müssen über weitere Senkungen, nicht Erhöhungen der Steuerlast sprechen“, sagte sie und wies damit auch den Vorstoß von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) zu Steuererhöhungen zurück. – **afp/Standpunkt/S. 2/Wirtschaft**

## Zinssenkungs-Signal von US-Notenbankchef Powell

**Washington.** US-Notenbankchef Jerome Powell hat beim diesjährigen Zentralbankensymposium die von US-Präsident Donald Trump seit langem geforderte Leitzinssenkung nicht ausgeschlossen. Eine rasche Verschlechterung des US-Arbeitsmarktes sei nicht auszuschließen und könne daher eine Lockerung der Geldpolitik

rechtfertigen, sagte der Chef der Federal Reserve (Fed) am Freitag in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming.

Die Auswirkungen der Zölle auf die steigenden Verbraucherpreise seien „deutlich sichtbar“, sagte der Fed-Chef. Damit bestehe die Gefahr einer erneuten Inflation.

– **afp/Wirtschaft**

## Orte zurückerobert: Ukraine geht wieder in die Offensive

**Kiew.** Die Ukraine muss sich nach den Worten ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus dem Dauerzustand der ständigen Verteidigung gegen russische Angriffe lösen und selbst aktiv zum Angriff übergehen. „Dieser Krieg muss beendet werden, wir müssen Druck auf Russland ausüben“, sagte er in einer Videoansprache.

Die ukrainischen Streitkräfte unternahmen bereits Gegenangriffe, so in der Region Sumy im Nordosten und bei Pokrowsk im Südosten. Bei Pokrowsk habe es erste Erfolge gegeben, teilte Armeechef Olexander Syrskij auf Telegram mit. Dort seien sechs Orte zurückerobert worden. Unabhängig überprüfen ließ sich dies nicht. – **dpa/S. 5**

## STANDPUNKT

### Wunsch und Wirklichkeit

Von Gerd Schneider

Die Wirtschaft kommt nicht in Fahrt. Dabei hatten Berufsoptimisten das zarte Wachstum im ersten Quartal für den Vorboten des ersehnten Aufschwungs gehalten. Das war Wunschdenken. Das einstige Wirtschaftswunderland bleibt im Krisenmodus. Mag sein, dass das von Trump angeordnete Zollchaos Bremspuren hinterließ. Doch die Probleme liegen tiefer. Es sind nicht nur die Standortfaktoren, die den Motor stottern lassen. Die Produkte, die für Deutschlands Aufstieg zur Wirtschaftsmacht stehen, sind nicht mehr gefragt. Bei relevanten Zukunftstechnologien – der digitalen Welt von heute und morgen – hat Deutschland den Anschluss verloren.

Es ist die immer gleiche Geschichte vom Aufstieg und Fall großer Wirtschaftsmächte. An der Börse, so hört man, droht Porsche der Abstieg aus dem Dax, in dem die 40 größten deutschen Aktienkonzerne gelistet sind. Das alles sind Indizien, die nicht für Besserung sprechen. Man kann nur hoffen, dass sich die Bundesregierung angesichts solcher Symptome besinnt. Schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme entfachen allenfalls ein Strohfeuer. Die Krise der deutschen Ökonomie überwindet man damit nicht.

# DIW fordert verpflichtendes soziales Jahr für Rentner

**Berlin.** Der Ökonom Marcel Fratzscher fordert ein verpflichtendes soziales Jahr für alle Rentnerinnen und Rentner. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sagte dem „Spiegel“: „Gesundheitlich werden das manche nicht können, aber dafür gibt es auch bei jungen Leuten Regelungen. Die ältere Generation muss sich stärker einbringen, beispielsweise im Sozialbereich, aber auch bei der Verteidigung.“ Benötigt würden technische Fähigkeiten. „Warum sollten wir die nicht nutzen, gerade von Leuten, die früher bei der Bundeswehr ausgebildet wurden?“

Fratzscher sagte weiter: „Wir brauchen mehr Solidarität der Alten mit den Jungen.“ Der Ökonom warb für einen neuen Generatio-

nenvertrag. Auf die Frage, welche Vergehen er den Älteren konkret vorwerfe, sagte Fratzscher: „Zu viel Ignoranz, Selbstbezogenheit und Naivität. Wir wollen zu lange schon die Realität nicht sehen. So haben wir nach dem Ende des Kalten Krieges gedacht, wir müssten uns nie mehr verteidigen – und haben die Friedensdividende verfrüht. Deshalb müssen wir jetzt über fünf Prozent Verteidigungsausgaben reden, um die Schäden zu beheben, die in 35 Jahren entstanden sind. Oder nehmen Sie die Klimapolitik. Wir wissen seit Jahrzehnten, auf welchem explosiven Pfad wir sind.“

Die „Babyboomer“ hätten zudem viel zu wenige Kinder bekommen. „In den Sechzigerjahren versorgten sechs Beitragszahler eine



Ältere Menschen beim Besuch eines Konzerts im Kurpark – die sich nach Vorstellungen des DIW-Präsidenten Marcel Fratzscher „stärker einbringen“ sollten im Sozialbereich und in der Verteidigung. – **Symbolbild: dpa**

Rentnerin oder einen Rentner“, sagte Fratzscher. „Bald sind es nur noch zwei. Wieso sollten ausschließlich die Jungen für diese Lebensentscheidungen der Babyboomer geradestehen? Die Boomer selbst verweigern sich seit 20 Jahren dieser Verantwortung.“ Die Last für die junge Generation müsse tragfähig bleiben.

Im Juli hatte sich bereits der Generationenforscher Klaus Hurrelmann (81) für einen sozialen Pflichtdienst für Senioren, am Ende ihres Arbeitslebens“ ausgesprochen. Gesellschaftliche Aufgaben wie die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit sollten von allen Generationen getragen werden.

Mit seinem Vorschlag sorgte Fratzscher für eine Welle der Kritik. – **dpa/Kommentar S. 2/S. 4**